

## Dubiose Delegation aus Guinea als Abschiebehelfer in Hamburg

**Ein Beispiel dafür, wie die Kooperation zwischen deutschen Behörden, EU und Herkunftsstaaten von Flüchtlingen zum „Kampf gegen illegale Einwanderung“ funktioniert, aber auch, welchen Widerstand es dagegen gibt, sind die sogenannten „Botschaftsanhörungen“ in Hamburg, die in der letzten Zeit nicht mehr mit Vertretern der Botschaften, sondern mit Delegationen aus dem jeweiligen Land stattfanden - zum ersten Mal im Jahr 2002 aus Burkina Faso und im März 2005 aus Guinea-Conakry.**

Fast 400 westafrikanische Flüchtlinge aus ganz Deutschland waren zwischen dem 7. und dem 17.3.05 in Hamburg zur „**Vorsprache bei der Ausländerbehörde und dort bei der guineischen Delegation zur Ausstellung eines Heimreisedokuments bzw. zur Identitätsfeststellung**“ vorgeladen. Bei Nichterscheinen wurde die zwangsweise Vorführung und die Abschiebung ohne erneute Ankündigung angedroht.

Für die Ausstellung von Identitätspapieren ist eigentlich die **Botschaft** des jeweiligen Herkunftslands zuständig. Um die diplomatischen Vertretungen dazu zu bewegen, die Abschiebung passloser Flüchtlinge möglich zu machen, hat die Ausländerbehörde Hamburg seit 1999 mehr als 25 sogenannte „Botschaftsanhörungen“ veranstaltet, bei denen reichlich deutsche Steuergelder flossen für die Ausstellung von Passersatzpapieren, Reisekosten, Musicalbesuch und ähnliche „Anreize“ für die angereisten Vertreter vor allem afrikanischer Staaten. Damals gab es massenhafte Proteste von Flüchtlingen vor der Ausländerbehörde sowie eine Demonstration vor verschiedenen Botschaften in Bonn gegen deren Kollaboration mit den deutschen Abschiebehörden. Die guineische Botschaft, die im November 1999 in der Hamburger Ausländerbehörde residierte, hat nach Meinung der Behörden in den letzten Jahren nicht genug Flüchtlinge als Guineer/-innen identifiziert und mit Reisepapieren ausgestattet, so dass sie bisher nicht abgeschoben werden konnten.

Deshalb wurde jetzt eine **Delegation direkt aus Guinea** eingeladen, deren Legitimation, Identitätspapiere auszustellen, mehr als fraglich ist. Die guineische Botschaft war nicht beteiligt und distanzierte sich von den Verhören. Proteste gegen die rechtswidrige Einladung der nicht einmal der Botschaft namentlich bekannten Delegation haben in Guinea Debatten bis auf Regierungsebene ausgelöst und deren Abreise verzögert. Aber es überwog dann wohl der Druck von Seiten der deutschen Behörden (eine Mitarbeiterin der Hamburger Ausländerbehörde, Stefanie Harneit, geb. Michaelis, wurde eigens dafür nach Guinea entsandt). Und auch Geld lockte, sowohl für die Delegationsmitglieder persönlich als auch für die Staatskassen des korrupten Landes: Innensenator Nagel soll laut guineischen Presseberichten die Unterzeichnung von Kooperationsverträgen versprochen haben, wenn die Delegation den Hamburger Behörden bei der Steigerung der Abschiebezahlen behilflich ist. Auf Nachfrage dementierte die Innenbehörde diese Meldung. Zeitgleich mit den Hamburger Anhörungen hielt sich allerdings eine **Delegation der EU** in Guinea auf, und am 23.3.05 wurde in guineischen Medien gemeldet, sie sei zufrieden mit der dortigen Entwicklung der Demokratie. Pressefreiheit sei gewährleistet, Korruption werde bekämpft. Am 6. April war zu lesen, dass die EU jetzt Guinea für 93 Millionen Euro Projekte finanzieren wird, u.a. im Straßenbau. Dass die guineische Delegation in Hamburg einen großen Teil der Vorgeladenen als GuineerInnen identifizierte und damit zur Abschiebung freigab sowie einen weiteren Besuch von Frau Harneit in Conakry und Anhörungen im August in Nordrhein-Westfalen ankündigte, ist als Hintergrund dafür sehr viel plausibler als dass die guineische Regierung plötzlich einen demokratischen Wandel eingeleitet hätte.

**Tatsächlich existiert Demokratie in Guinea allenfalls auf dem Papier**, und abgeschobene Flüchtlinge müssen Haft oder gar den Tod fürchten – so wie mindestens sieben Guineer, die 1999 beim ersten Abschiebeversuch von BGS-Begleitern brutal misshandelt wurden und nach der zweiten Abschiebung in Guinea spurlos verschwanden. Der guineische Präsident, Lansana Conté, der am 19.1.05 nur knapp einem Attentat entging, hat am 9.3.05 – vermutlich im Zusammenhang mit der Suche nach den Schuldigen für den angeblichen Putschversuch - drei Minister abgesetzt, darunter auch die Vorgesetzten der vier Delegationsmitglieder. Eine offizielle Begründung wurde nicht genannt. Vorher wurden bereits willkürlich Dutzende von Menschen, u.a. bekannte Journalisten und Anwälte, verhaftet. Einer der Festgenommenen, ein islamischer Geistlicher, starb in Haft unter Folter. Trotz Ressourcenreichtum (u.a. Bauxit) lebt der größte Teil der guineischen Bevölkerung in extremer Armut. Die Lebenserwartung beträgt 47 Jahre, und die Kindersterblichkeit ist eine der höchsten des Kontinents.

Der **Ablauf der Verhöre** in Hamburg hatte mit rechtsstaatlichen Verfahren nichts zu tun. „*Ich kam mir vor wie in einer südamerikanischen Diktatur!*“ äußerte ein Rechtsanwalt, der am 10.3.05 einen Mandanten zu einer Anhörung begleitete. Die Ausländerbehörde war voller Polizei. „*Die Beamten trugen alle Kampfanzüge und schwere Stiefel sowie Waffen*“. Vor dem Verhör wurde der Flüchtling von Uniformierten mit Gummihandschuhen bis auf die Unterhose durchsucht und fotografiert, ohne dass der Anwalt dabei sein durfte. Die Delegation stellte sich nicht vor. „*Drei der Männer trugen schwarze Sonnenbrillen. (...) Der Disput der schwarzen Herren ging darum, dass man sich empörte, mit der Behörde sei das Erscheinen von Anwälten nicht abgesprochen*“ (Vollständiger Bericht sowie

weitere Informationen auf [www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de)). Die Ausländerbehörde, die die Vorladungen organisiert hatte, reagierte auf öffentliche Kritik mit der Behauptung, mit dem Verlauf der Anhörungen habe sie nichts zu tun, da es sich hierbei um „hoheitliche Aufgaben des Staates Guinea“ handele.

Während der zwei Wochen haben fast täglich mehr als hundert Flüchtlinge und UnterstützerInnen mit Kundgebungen vor der Hamburger Ausländerbehörde und zweimal auch mit Demonstrationen in der Innenstadt gegen die dubiose Delegation und die drohenden Abschiebungen **protestiert**. Die aus jungen Flüchtlingen bestehende Theatergruppe Hajusom!, von der zwei Mitglieder ebenfalls vorgeladen waren, mobilisierte mehr als 100 KünstlerInnen für einen Appell gegen Abschiebungen und intervenierte mit künstlerischen Darbietungen, u.a. im Schauspielhaus. Wann und wie die als GuineerInnen Identifizierten abgeschoben werden, ist bisher noch unklar, da Behörde und Delegation sich in Schweigen hüllen.